



# Der Ball muss rollen

**Im Wortlaut von Katrin Kunert, 04. Mai 2012**

Von Katrin Kunert, sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Am 8. Juni 2012 beginnt die Fußball-Europameisterschaft 2012 mit dem Eröffnungsspiel in Warschau. Neben Polen ist auch die Ukraine Gastgeber für diese Veranstaltung.

Die aktuellen Vorgänge in der Ukraine sind Besorgnis erregend und geben ausreichend Anlass zur Kritik. Der Sport darf meiner Meinung nach jedoch nicht zum Spielball der Politik werden. Als die EM im Jahr 2007 an Polen und die Ukraine vergeben wurde, war klar, dass die politischen Verhältnisse in der Ukraine nicht so stabil sind, wie in anderen Ländern. Dies wird auch dadurch deutlich, dass 13 der 16 teilnehmenden Mannschaften von vornherein ihr Quartier in Polen genommen haben. Insbesondere die Situation der Menschenrechte hat sich aktuell verschlechtert.

Für mich ist es nachvollziehbar, wenn Politikerinnen und Politiker sowie Regierungsvertreterinnen und -vertreter während der EM nicht in die Ukraine reisen wollen, um ein politisches Signal zu senden. Ich bin

jedoch ausdrücklich gegen einen Boykott der EM durch Nichtteilnahme europäischer Fußballmannschaften oder die Verlegung der Spielorte. Letzteres wäre einen guten Monat vor Beginn der Veranstaltung ohnehin praktisch nicht mehr zu realisieren. Ein solcher Boykott ginge zu Lasten der Sportler, die sich über einen langen Zeitraum auf so ein Turnier vorbereiten. Daneben freuen sich natürlich auch die Fans auf diese Veranstaltung. Dies zeigt sich daran, dass das Ticketkontingent für die Vorrundenspiele in der Ukraine beinahe ausgeschöpft ist.

Man sollte die Fußball EM 2012 nutzen, um auf die Missstände in der Ukraine hinzuweisen, Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen und Kritik an dem Regime zu äußern. All dies darf jedoch nicht zu Lasten des Sports und der Menschen, die daran Freude haben, erfolgen.

Für die Zukunft ist es meiner Meinung nach sinnvoll, wenn die großen Sportorganisationen Kriterien festlegen, unter welchen Bedingungen Länder den Zuschlag für die Austragung sportlicher Großveranstaltungen erhalten. Hier sollten dann neben sozialen und ökologischen Kriterien auch demokratische und rechtsstaatliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen.

linksfraktion.de, 4. Mai 2012